

2 GB IM D-NETZ NUR 5,99 EUR

Kein Anschlusspreis

NEWSLETTER · · · ANZEIGEN · IMMOBILIEN · STELLEN · TRAUER

Suchen

ABO · KUNDE

Alles zur WM 2018 in Russland



Frankfurter Rundschau

FR.de · E-Paper · Multimedia-App

20. Juni 2018
25°C Frankfurt a.



Frankfurt Rhein-Main **Politik** Wirtschaft Sport Kultur Wissen Leben Panorama FR-Service

FR.de > Politik > Meinung > Gastbeiträge > Flüchtlinge als Chance für Kommunen

Abgas Skandal

Millionen von Dieselfahrer sind vom Abgas-Skandal betroffen.

verbraucherritter.de

ÖFFNEN

✓ 2 GB Internet-Flat



Jetzt bestellen

Vertragslaufzeit 24 Monate¹⁾



EU-Verteilung

Flüchtlinge als Chance für Kommunen

Die EU könnte Städte für die Aufnahme von Flüchtlingen belohnen. Geld ist genug da – ein Vorschlag.

10.06.2018 11:15 Uhr

Von Rahel M. Schomaker und Michael W. Bauer



Flüchtlinge in Berlin-Tempelhof: ein EU-Zuschuss würde die Migrationsströme intelligent lenken. Foto: afp

Die Flüchtlingsfrage spaltet die Europäische Union. Neue Ideen

Anzeige



sind gefragt. Emmanuel Macron und jetzt auch Angela Merkel haben die gerechte Verteilung der Integrationslasten angemahnt. Beide sind sich zudem einig: Europa ist beim Management der Migration gefordert.

Allerdings gehen weder der Präsident noch die Bundeskanzlerin in die Details. Dabei gäbe es Lösungen. So könnten sich europäische Kommunen direkt um die Aufnahme von Flüchtlingen bewerben – und würden dafür aus dem EU-Budget finanziell unterstützt. Mehrkosten für die nationalen Haushalte gäbe es nicht.

Der Mechanismus wäre einfach. Jeder Flüchtling, der in dieses Programm aufgenommen wird, erhält eine individuelle EU-Beihilfe. Die gleiche Summe erhält aber auch die aufnehmende Kommune. Diese Zuwendung wäre zweckungebunden. Das würde bedeuten, dass die Kommunen diese Unterstützung unbürokratisch für regionale Wirtschafts- oder Sozialprojekte nutzen könnten.

Im Gegenzug könnte die EU ihre Kohäsions- und Agrarausgaben abschmelzen. Diese Fonds verfehlen ohnehin seit Jahrzehnten ihr eigentliches Ziel, nämlich sozioökonomische Konvergenz zwischen den Mitgliedstaaten herzustellen. Unser Vorschlag, die Integrationsleistung mit der Vergabe von EU-Finanzmitteln zu koppeln, würde Synergien schaffen zwischen einem notwendigen europäischen Finanzausgleich und der dringlichen Lösung der Migrationsfrage.



Lesen Sie dazu



Die Not der Flüchtlinge

Der ignorierte Tod der Flüchtlinge

Immer wieder nehmen sich Geflüchtete in Deutschland das Leben das Bundesinnenministerium findet es tragisch, will aber weiter nichts davon wissen.

Dass dabei die Peripherie in den Blick gerät, ist ein zusätzlicher Vorteil. Dort macht sich der demografische Wandel besonders bemerkbar – und man kämpft mit Netto-Bevölkerungsverlusten. Diese gefährden die ökonomische Basis ganzer Regionen, die zu veröden drohen. Für diese Gebiete wäre eine moderne Ansiedlungspolitik – gefördert durch die EU – eine einmalige Chance. Die Kommunen sind in der Regel ohnehin weniger ideologisch und handeln viel pragmatischer als die Politikeliten in den Hauptstädten.

Alles würde zudem auf Freiwilligkeit beruhen, und eine Chance auf die Umsetzung eines solchen Vorschlags bieten die gegenwärtigen Haushaltsverhandlungen über eine neue Finanzplanung der EU für die Zeit nach 2020.

Aber wäre eine „doppelte EU-Beihilfe“ für Migranten aus Drittstaaten finanzierbar? Während die Bewerberzahlen

seit 2012 kontinuierlich angestiegen sind und in den Jahren 2015 und 2016 jeweils einen Höchststand von rund 1,3 Millionen Personen erreicht haben, wurden im Jahr 2017 EU-weit etwa 705 000 Bewerber registriert.

Geht man von durchschnittlich einer Million Zuwanderern pro Jahr aus, und nimmt man ferner an, dass aus den Agrar- und Regionalfonds, die mehr als die Hälfte des EU-Budgets von etwa 160 Milliarden Euro ausmachen, nur 25 Milliarden abgeschmolzen würden, dann könnten für jeden Einwanderer 25 000 Euro pro Jahr aus dem EU-Haushalt zur Verfügung gestellt werden. Die Hälfte davon, monatlich etwa 1000 Euro, würden direkt an Einwanderer ausbezahlt, 12 500 Euro am Ende eines Jahres an die aufnehmende Gemeinde.

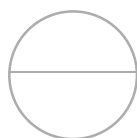
Selbstredend ließe sich die Verteilung an die realen Lebenshaltungskosten im Aufnahmeland anpassen. Dann würde sich der Anteil für die Kommunen in ärmeren Mitgliedstaaten entsprechend erhöhen. Gemessen an der Kaufkraft, ist das viel Geld – insbesondere am südosteuropäischen Rand der Union. Deutschland hätte nach dieser

25.000

Euro für jeden Einwanderer könnte die EU mit Mitteln aus dem Agrarfonds zahlen.

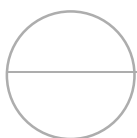
Rechnung für die Aufnahme von 200 000 Flüchtlingen im Jahr 2017 mehr als fünf Milliarden Euro erhalten – immerhin ein Viertel der hierzulande veranschlagten jährlichen Integrationskosten.

Ein doppelter EU-Zuschuss würde die Migrationsströme intelligent lenken – und Geld in die relativ ärmeren Regionen bringen. Deutschland würde durch die Verlagerung der Migration sowie durch die direkten Zuschüsse zweifach entlastet. Es müsste natürlich dafür gesorgt werden, dass die nationalen Integrationsmittel in den Aufnahmeländern nicht anders verwandt werden. Dann könnte sich die Aufnahme und Integration für viele Regionen in Europa als ein Investitionsprogramm erweisen – mit dem positiven Nebeneffekt, dass das sozialpolitische Ansehen der EU gestärkt würde.



Rahel M. Schomaker

[Zur Profilseite](#)



Michael W. Bauer

[Zum Profil des Autors](#)



[Sie wollen stets informiert bleiben? Dann bestellen Sie gleich hier vier Wochen lang [die neue digitale FR](#) für nur 5,90.]

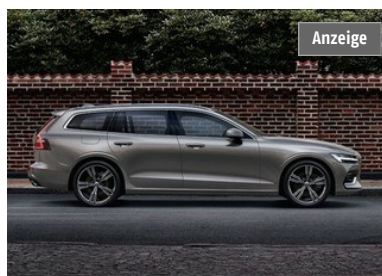


Schlagworte

[Aufnahmen](#) • [Bundeskanzlerin Angela Merkel](#) • [Emmanuel Macron](#) • [Europäische Union](#) • [Migranten](#)

[Leserbrief schreiben](#) • [Artikel kommentieren](#) • [Drucken](#)

Das könnte Sie auch interessieren



Anzeige

Volvo

Live Premiere des neuen Volvo V60.

Erleben Sie die Vielseitigkeit des neuen Volvo V60 am 21. Juni 2018 in der HALLE 45 Mainz.



Politik

USA

Ein Mysterium namens Melania

Der Auftritt vor einem Jahr hinterließ einen nachhaltigen Eindruck. Beim G7-Gipfel auf Sizilien entstieg Melania Trump der gepanzerten Limousine in einem ebenso atemberaubenden wie seltenen Outfit: Der farben...



Anzeige

BKK Mobil Oil

Aktiv-Urlaub machen und Zuschuss sichern?

190,00€ Krankenkassen-Zuschuss zu Ihrer Gesundheitsreise



Ausland

PSG

Kevin Trapp in Paris vor dem Aus?

Der neue Trainer von Paris St. Germain, Thomas Tuchel, hat den Trainingsauf-takt des französischen Fußballmeisters um zwei Tage nach hinten auf den 4. Juli verschoben. Einen offiziellen Grund nannte der Verein...

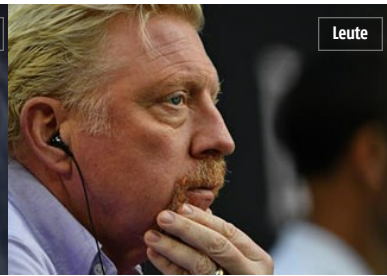


Bauen, Wohnen

Gesundheitsbedenken

Auf Mehrwegprodukte aus Bambus verzichten

Wollen Verbraucher der Umwelt zuliebe auf Einwegverpackungen aus Plastik verzichten, sind die trendigen Bambus-Alternativen nicht unbedingt die beste Wahl. Zwar bestehen diese Mehrwegbecher oder Brotzeit...



Leute

Boris Becker

Ein Titel schützt vor Torheit nicht

Ein Titel schützt vor Torheit nicht – im Falle des „Sonderattachés der Zentral-afrikanischen Republik für Sport und kulturelle Angelegenheiten in der Euro-päischen Union“ drängt sich das feierliche...

hier werben

powered by plista

Fotostrecken



Trennung von Familien: Trump und Republikaner unter Druck



Aufschrei über Trumps Umgang mit Migrantenkindern



Lewandowski WM-Debüt misslingt: Polen patzt gegen Senegal

Kommentare für diese Seite wurden deaktiviert.

8 Kommentare

Frankfurter Rundschau

Anmelden

Empfehlen Teilen

Nach Neuesten sortieren



Sepp · vor 10 Tagen
„Geld ist genug da“

Dieser Satz zeigt ein Grundproblem des Politikbetriebs. Ist ja schön, dass genug Geld da ist. Aber wo ist das denn hergekommen? Hat die EU sich das erarbeitet?

Teilen



Münchner · vor 10 Tagen
Mit Geld alleine lässt sich der Frieden innerhalb der EU/ Deutschland nicht erkaufen und wäre Falsch!

Woher kommt das schöne EU Geld nur? Von der großen Masse aus den Beitragszahler...und die Summen hier sind eindeutig zu hoch...

1000 € pro Monat wäre wohl unbezahlbar und hätte mehr Zuwanderung zur Folge!

Die Reichsbürger werfen dann Ihre Reichsausweise weg und wandern dann freiwillig nach Ungarn aus und Ungarn und diese Leute bekommen mehr Kohle von der EU als sie hier in der Rente erwarten könnten?

Viele politische aktive aus der Türkei, ob Kurde oder anders Denkende würde sich auf den Weg machen nach Griechenland!


Entweder es gibt ein Recht in Deutschland auf politisches Asyl was durchgesetzt werden muss oder nicht.


Dies ist und bleibt ein Problem für uns in Deutschland und die Länder Osteuropa machen vor was Sie von Zuwanderung so halten und machen keine großen Unterschiede mehr zwischen politisch Verfolgt und Eingewanderte...

Diese Staaten wollen kein Ziel für Flüchtlinge/Eingewanderte aus der ganzen Welt sein!


In Deutschland werfen wir alle in einem Topf unterscheiden seit Jahren nicht zwischen Bürgerkriegsflüchtlinge, Politisch verfolgte, wirtschaftliche Fluchtursachen usw... genauso bringt die Politik immer wieder den Fachkräftemangel und die Einwanderung nach Asylrecht durcheinander!

Mehr anzeigen

 **AlbertNola** → Münchner • vor 10 Tagen - | 🗑️
 Es hat alles mit Asyl nichts zu tun. Westeuropa liegt demografisch am Boden und es werden Millionen junge, aber qualifizierte (und hier liegt das große Problem: es gibt keine!) Arbeitskräfte gesucht.
 ^ | v | . Teilen >

 **Maini** • vor 10 Tagen - | 🗑️
 Da werden viele Einheimische armer EU-Zonen aber froh sein, wenn die Neubürger ihrer Gemeinden mit EU-Prämien ihre Ortschaften bereichern!

 Fluchtgründe verhindern,
 Menschenrechte und Lebensqualität für Alle,
 eine Welt ohne Grenzen
 2 ^ | v | . Teilen >

 **Bella_Donna** → Maini • vor 10 Tagen - | 🗑️
 Fluchtgründe verhindern >>> das verhinderte der gute Martin Schulz nicht. Da schwieg er gerne. Nun, wenn ich seine Präluminarien im Spiegel lese und jetzt schreib ich noch ein Buch und noch ein Buch ! Ich weiß, wer es nicht kaufen wird.
 1 ^ | v | . Teilen >

 **der inngeplackte** → Maini • vor 10 Tagen - | 🗑️
 Fluchtgründe verhindern - Hartz4 abschaffen.
 1 ^ | v | . Teilen >

 **AlbertNola** → der inngeplackte • vor 10 Tagen - | 🗑️
 Das können nur Kommunisten. Wir von der FDP können das nicht.
 ^ | v | . Teilen >

 **Bella_Donna** → AlbertNola • vor 10 Tagen - | 🗑️
 Klaro ! Weil die FDP unfähig ist.
 ^ | v | . Teilen >

 Abonnieren

 Disqus deiner Seite hinzufügen

 Disqus' Privacy Policy

DISQUS

Frankfurter Rundschau

Die Zeitung für Menschen mit starken Überzeugungen.

Startseite

- Politik
- Wirtschaft
- Sport
- Blog-G
- Kultur
- Wissen
- Leben
- Panorama
- Frankfurt
- Stadtteile
- Rhein-Main
- Städte
- Landespolitik
- Freizeit
- Leserbriefe
- Archiv

Weitere Angebote

- iPad-Multimedia-App
- E-Paper
- E-Kiosk
- iPhone-Newsapp
- Android-Newsapp
- Newsletter
- Altenhilfe
- Partner
- Leserreisen
- Stadtevents

Abo-Angebote

- Digital-Abo mit Tablet
- Digital-Abo ohne Tablet
- Digital-Studenten-Abo
- Digital-Upgrade
- Print-Abo
- Print-Studenten-Abo
- Print-Gratis-Abo
- Print-Geschenk-Abo


Multimedia App


E-Paper App


Online Kundenservice


Abo-Shop

Suche



[Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte erwerben](#) · [Datenschutzerklärung](#) · [Über unsere Werbung](#) · [Nutzungsbedingungen](#)
[Mediadaten](#) · [Wir über uns](#) · [Impressum](#)

Copyright Frankfurter Rundschau GmbH, .
Alle Rechte vorbehalten.

NACH OBEN

Um Ihnen ein besseres Nutzererlebnis zu bieten, verwenden wir Cookies. Durch Nutzung unserer Dienste stimmen Sie unserer Verwendung von Cookies zu. [Weitere Informationen](#)

Ok